

# Gesetz-Sammlung

für die

## Königlichen Preussischen Staaten.

### — Nr. 40. —

**Inhalt:** Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages, S. 339. — Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Albenhoven, Blankenheim, Grevenbroich, Lebach, Saarlouis, Wittburg, Daun, Hermeskeil, Prüm, Saarburg, Trier, Mayweiler und Gillersheim, S. 340. — Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Wöhl, S. 341. — Bekanntmachung der nach dem Gesetz vom 10. April 1872 durch die Regierungs-Amtsblätter publizierten landesherrlichen Erlasse, Urkunden u., S. 341.

(Nr. 10044.) Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages. Vom 16. Dezember 1898.

**Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen** u. verordnen gemäß Artikel 51 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 auf den Antrag des Staatsministeriums, was folgt:

Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, werden auf den 16. Januar 1899 in Unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen.

Das Staatsministerium wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Springe, den 16. Dezember 1898.

(L. S.) **Wilhelm.**

Kürst zu Hohenlohe. v. Miquel. Thielen. Boffe. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt. Frhr. v. d. Recke. Bresfeld. v. Götler. Gr. v. Posadowsky. v. Bülow. Tirpitz.



(Nr. 10045.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil der Bezirke der Amtsgerichte Aldenhoven, Blankenheim, Grevenbroich, Lebach, Saarlouis, Wittburg, Daun, Hermeskeil, Prüm, Saarburg, Trier, Wargweiler und Hillesheim. Vom 12. Dezember 1898.

Auf Grund des §. 49 des Gesetzes über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Geltungsbereiche des Rheinischen Rechts vom 12. April 1888 (Gesetz-Samml. S. 52) bestimmt der Justizminister, daß die zur Anmeldung von Ansprüchen behufs Eintragung in das Grundbuch im §. 48 jenes Gesetzes vorgeschriebene Ausschlussfrist von sechs Monaten

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Aldenhoven gehörige Gemeinde Gereonsweiler,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Blankenheim gehörigen Gemeinden Dahlem und Kommersdorf,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Grevenbroich gehörige Gemeinde Laach,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Lebach gehörigen Gemeinden Körprich und Piesbach-Bettstadt,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Saarlouis gehörige Gemeinde Bisten,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Wittburg gehörige Gemeinde Preist,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Daun gehörigen Gemeinden Brück und Dackweiler,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Hermeskeil gehörige Gemeinde Waldweiler,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Prüm gehörige Gemeinde Sellerich,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Saarburg gehörigen Gemeinden Nehlingen und Köllig,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Trier gehörigen Gemeinden Fell, Möhn, Gusterath und Irsh,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Wargweiler gehörigen Gemeinden Dahlen und Olmscheid,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Hillesheim gehörige Gemeinde Pelm  
am 15. Januar 1899 beginnen soll.

Berlin, den 12. Dezember 1898.

Der Justizminister.

Schönstedt.



(Nr. 10046.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Böhl. Vom 14. Dezember 1898.

Auf Grund des §. 39 des Gesetzes, betreffend das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen in dem Gebiete der vormals freien Stadt Frankfurt sowie den vormals Großherzoglich Hessischen und Landgräfllich Hessischen Gebietstheilen der Provinz Hessen-Nassau, vom 19. August 1895 (Gesetz-Samml. S. 481) bestimmt der Justizminister, daß die zur Anmeldung von Ansprüchen behufs Eintragung in das Grundbuch daselbst vorgeschriebene Ausschlussfrist von sechs Monaten

für den zum Bezirk des Amtsgerichts Böhl gehörigen Gemeindebezirk Hemmighausen

am 15. Januar 1899 beginnen soll.

Berlin, den 14. Dezember 1898.

Der Justizminister.

Schönstedt.

---

### Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 357) sind bekannt gemacht:

- 1) der Allerhöchste Erlass vom 15. August 1898, betreffend die Genehmigung einer Aenderung des §. 20 dritter Absatz und der im §. 22 des revidirten Statuts der Preussischen Boden-Kredit-Aktienbank zu Berlin erwähnten Schemata D und E, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin Nr. 47 S. 481, ausgegeben am 25. November 1898;
- 2) das Allerhöchste Privilegium vom 9. November 1898 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihescheine der Stadt Berlin im Betrage von 60 Millionen Mark, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin Nr. 49 S. 499, ausgegeben am 9. Dezember 1898;
- 3) das Allerhöchste Privilegium vom 12. November 1898 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihescheine der Stadt Rattowitz im Betrage von 1 425 000 Mark, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln Nr. 49 S. 377, ausgegeben am 9. Dezember 1898.



